

Starke Bezirke – für eine lebenswerte

Nachbarschaft in einer wachsenden Stadt

Hamburg ist eine schöne Stadt, in vielerlei Hinsicht eine der lebenswertesten Millionenstädte und für viele Hamburgerinnen und Hamburger sogar die schönste Stadt der Welt. Dies ist Ausdruck einer besonderen Verbundenheit der alteingesessenen Bevölkerung und der vielen Neubürger, für die Hamburg Heimat ist. Das positive Image der Stadt wurde im vergangenen Jahrzehnt wesentlich geprägt durch das politische Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. Mit dem Leitbild wurden Ziele definiert, mit denen Hamburg sowohl den nationalen und internationalen Wettbewerb als bedeutende Metropole bestehen als auch nach innen die wachsende Stadt für ihre Bewohner lebenswert erhalten und noch attraktiver gestalten konnte. Denn für die Lebensqualität der Stadt sind die Wohnqualität und das unmittelbare Wohnumfeld wichtige Bausteine – in allen Stadtteilen, für alle Menschen, in allen Lebensphasen.

Der SPD-Senat hat kein Leitbild für seine Regierung. Mit dem Senats-Slogan "Big City" verbindet sich keine Vision, weder für die internationale Stellung Hamburgs noch für die Gestaltung der Stadt für ihre Bewohner. Ausdruck dieser Ideenlosigkeit ist auch der Umgang des Senats mit den Bezirken und Ihrer Stellung als diejenige Verwaltungseinheit, die den Hamburgerinnen und Hamburgern am nächsten ist. Erst hat die SPD die Bezirksamtsleiter einheitlich durch Sozialdemokraten besetzt, um anschließend Kürzungen und Strukturveränderungen ohne Widerstand durchsetzen zu können. Rabiät wurden so die langfristigen Ziele der Bezirksverwaltungsreform von 2005 in Frage gestellt. Oberstes Ziel war es damals, die Verwaltung modern, effizient und kundennah zu gestalten. Mit der Reform wurden Durchführungsaufgaben, insbesondere in der Bauleitplanung, entflochten, die Rechte der Bezirksversammlungen konkretisiert und gestärkt sowie die kundenorientierten Verwaltungsprozesse und das Personalmanagement optimiert. Durch die Entflechtung gingen Aufgaben in die Zuständigkeit der Bezirksämter über. Ergebnis der Reform war eine Dezentralisierung, um die Verwaltung näher an die Bürger zu rücken. Diese Ziele sind nach wie vor richtig



und sollten im Rahmen eines Leitbildes für die ganze Stadt auch durch die Hamburger Politik weiter verfolgt werden. Dafür setzen wir uns ein.

Vor dem Hintergrund der aktuellen SPD-Senatspolitik gegenüber den Bezirken halten wir eine Neuorientierung in den folgenden Handlungsfeldern für zentral.

Starke Bezirke. Geht.

Das SPD-Projekt „Bezirksverwaltung 2020“ hat eine Zentralisierung und Abkehr der Bezirke von den Bürgern zur Folge. Anders als von der SPD suggeriert, geht es in erster Linie darum, aufgrund der haushaltspolitischen Entscheidungen des Senats in den sieben Hamburger Bezirken rund 600 Stellen abzubauen. So verlagert der Senat die Konsolidierungsleistung in die Bezirke, statt ehrliche Aufgabenkritik vorzunehmen. Das führte unter anderem dazu, die Schließung von zehn der 20 Kundenzentren zu erwägen und Servicezeiten auszudünnen. Zudem stellen die Zentralisierung der Friedhöfe und die Auflösung der Bezirklichen Ordnungsdienste (BOD) einen weiteren Eingriff in die Kompetenzen der Bezirke dar. Der bürgernahen und kundenorientierten Infrastruktur in den Bezirken droht eine Vernachlässigung, weil immer weniger Personal für mehr Aufgaben zur Verfügung steht.

Wir brauchen jetzt eine fundierte Aufgabenkritik, die klarstellen muss, welche Aufgaben die Bezirke wahrnehmen sollen und wie die dafür notwendigen Mitarbeiter finanziert werden.

Um die Stellung der Bezirksversammlungen zu stärken, sollte die Amtszeit der Bezirksamtsleiter an die Legislaturperiode der Bezirksversammlungen angepasst werden. Während die Bezirksamtsleiter in den vergangenen Jahren einen eigenen Gestaltungsanspruch hatten, wird derzeit nur noch ausgeführt, was im Hamburger Rathaus verordnet wird. Das beruht wesentlich darauf, dass unmittelbar nach der Regierungsübernahme durch die SPD alle Amtsleiter, die nicht Parteimitglied der SPD oder ihr politisch nahe waren, durch SPD-Mitglieder ausgetauscht wurden und die SPD wieder für roten Filz sorgt. Die Bezirke brauchen aber starke Amtsleiter, die sich mit ganzer Kraft und gemeinsam mit der Politik für die Interessen der Menschen in den Stadtteilen und Quartieren einsetzen.



Mehr Sauberkeit und Sicherheit. Geht.

Nur wer sich in seinem Stadtteil sicher fühlt, wohnt auch gerne dort. Zentrale Plätze sind die Gesichter eines Stadtteils und bieten aufgrund ihres verbindenden Charakters einen hohen Identifikationswert. Deshalb brauchen wir eine Stadtplanung, die jedem Stadtteil eine größere Bedeutung beimisst, vor allem durch die Entwicklung zentraler Plätze mit hohen Aufenthaltswerten. . Es darf nicht sein, dass Bewohner sich zu bestimmten Tageszeiten oder an bestimmten Orten nicht mehr sicher fühlen. Solche Zustände müssen konsequent bekämpft werden, genauso wie Vandalismus und die Vermüllung des öffentlichen Raums. Die Verwahrlosung von Plätzen, Gebäuden und Grundstücken muss verhindert werden, damit nicht Nachbarschaften oder ganze Straßenzüge an Attraktivität verlieren. Die Abschaffung des Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD) durch die SPD ist

ein schwerer Fehler und muss korrigiert werden. Wir brauchen einen starken und wirksamen BOD, der für mehr Sicherheit und Sauberkeit auf öffentlichen Plätzen, Wegen, Kinderspielplätzen und in Grünanlagen sorgen kann. Öffentliche Wege und Plätze müssen besser beleuchtet werden. Zudem wollen wir die Kriminalitätsprävention und -bekämpfung stärken, indem wir die polizeiliche Präsenz vor Ort sicherstellen und die Videoüberwachung insbesondere an bekannten Kriminalitätsbrennpunkten verstärken.

Zufrieden leben im Stadtteil. Geht.

Mit dem richtigen Ziel, in Hamburg mehr Wohnungen zu bauen, muss ein gesamtstädtisches Konzept für lebenswerte Wohnquartiere einhergehen, so dass nicht nur die Attraktivität einiger weniger Stadtteile gestärkt wird. Grundlage des Konzepts müssen die unterschiedlichen Partikularinteressen der einzelnen Stadtteile und Bezirke bilden. Für eine ausgewogene Stadt- und Stadtteilentwicklung vor Ort müssen neben zentralen Plätzen als öffentliche Begegnungsstätten auch Naherholungsräume geschaffen oder erhalten bzw. gestärkt werden, um die Nachfrage hamburgweit bedienen zu können. Die vor Ort ermittelten besonderen Lagen und Funktionen der einzelnen Stadtteile Hamburgs sollten die spezifische Qualität der Infrastruktur vor Ort



bestimmen. Unverzichtbar sind dafür Betreuungs-, Schul- und Bildungsangebote sowie sichere Spielplätze, die an den Bedürfnissen von Kindern und Eltern ausgerichtet sind. Vor allem bedarf es einer Ausweitung der Qualität und einer verstärkten Kooperation zwischen Schulen, Vereinen, Kirchen und anderer im Stadtteil vorhandener Einrichtungen. Unser Stadtbild wird in besonderer Weise durch zahlreiche Parks, Wälder und Wasserflächen geprägt, Bäume und kleine Grünflächen geben den Stadtteilen ihren besonderen Charme.

Schneller ans Ziel. Geht.

Bereits heute stößt das öffentliche Nahverkehrsnetz der Stadt an seine Kapazitätsgrenzen. Das unsinnige Busbeschleunigungsprogramm des SPD-Senats ist keine Antwort auf diese Herausforderung, wurde an den Bürgerinnen und Bürgern vorbeigeplant und provoziert deren Unmut.

Die Attraktivität der Bezirke hängt nicht zuletzt davon ab, wie sie an den Verkehr angeschlossen sind. Maßstab müssen die Erfordernisse vor Ort sein. Die CDU hat mit dem Konzept „Ideen für moderne Mobilität 2030“ ein Bündel sinnvoller Maßnahmen erarbeitet. Dazu gehört auch die Einführung einer Stadtbahn. Um kürzere Fahrtzeiten, eine Entlastung der innerstädtischen U-Bahnen und Busse und eine Erhöhung der Fahrgastkapazitäten zu erreichen, ist die Einführung der Stadtbahn die schnellste, beste und einzig bezahlbare Lösung.

Ebenfalls zentralistisch und kurzsichtig geht die SPD beim Verkehrsthema mit der eingeführten Kostenpflichtigkeit von Park&Ride-Parkplätzen vor. Die Abschaffung der Stellplatzpflicht bei Wohnungsneubauten führt zudem zu einer Erhöhung der Parkplatznot in den Stadtteilen, die sich unmittelbar auf die Qualität der Wohnquartiere auswirkt.

Mehr Bürgerbeteiligung. Geht.

Ein weiteres Opfer des abgehobenen Zentralismus der SPD zeigt sich in den Vier- und Marschlanden mit der Genehmigung der bis zu 180 Meter hohen Windenergieanlagen. Anstatt die einmalige historische Kulturlandschaft zu pflegen, zu erhalten und zu



stärken und dieses Kleinod auch als Naherholungsgebiet, insbesondere für Hamburger zu entwickeln, setzte sich die SPD selbst über den mit einer Zweidrittelmehrheit klaren und erfolgreichen Bürgerentscheid hinweg, um zentrale Vorgaben zu erfüllen. Die „Verspargelung“ der Landschaft nimmt zu. Unwiederbringlich werden Kulturlandschaften zerstört. Die Anwohner werden durch bis zu 180 Meter hohe Türme optisch bedrängt und durch den kreisenden Schattenwurf der größeren Rotoren, die den Lärm eines startenden Flugzeuges abstrahlen (über 100 Dezibel), unverhältnismäßig belastet. Eine solche Politik entfernt sich immer weiter von den Menschen, für die sie eigentlich gemacht werden sollte.

Die Bezirke sind der Ort der unmittelbaren Bürgerbeteiligung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die bürgernahe Gestaltung und Mitwirkung vor Ort zu stärken. Unsere Gesellschaft lebt vom Mitmachen und von Beteiligung. Die Bezirksversammlungen und ihre Ausschüsse leisten eine umfassende und frühzeitige Bürgerbeteiligung. Unverzichtbar ist dabei die Rolle der Bezirksabgeordneten und zugewählten Bürger. Die im Ehrenamt engagierten Bürger gestalten in bester Ortskenntnis positiv ihr eigenes Umfeld. Dabei spielen die Verwurzelung in den Stadtteilen und der direkte Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern eine wesentliche Rolle. Wir möchten diesen Einsatz der Menschen für die Entwicklung ihres Wohnumfeldes stärker aktivieren und sie an Entscheidungsprozessen beteiligen, um die Akzeptanz für Planungen der Stadt und der Bezirke zu erhöhen. Zudem stärken Nachbarschaftskontore, Vereine und Institutionen als Orte dauerhaften Engagements das gewünschte soziale Miteinander. Um dafür kleinere lokale Investitionsvorhaben unter Beteiligung der Bürger finanzieren zu können, haben wir einen Antrag zur Einführung von Stadtteilstiftungen in die Bürgerschaft eingebracht, der von der SPD abgelehnt wurde. Mit unserem Antrag „Näher am Bürger – Einführung von Stadtteilstiftungen in Hamburg“ (Drs. 20/10439) wollen wir Hamburgs sieben Bezirksversammlungen insgesamt 6 Mio. Euro übertragen, die auf Vorschlag und unter Beteiligung der Bürger in den Stadtteilen zugunsten von Projekten für öffentliche Einrichtungen, freie Träger und Verbände, Grünflächen, Kirchenaußensanierungen, Sportgroßgeräte, Kinderspielplätze, Wissenschaft, Forschung, Wirtschaftsförderung etc. genutzt werden sollen.

